



Antworten der Bundestagskandidatin Leni Breymaier (SPD) auf die vom Bündnis gestellten Fragen:

1. Im CETA-Vertrag gibt es einen Artikel zur Kooperation in der Gentechnik (Art. 25.2). Als Ziel wird unter anderem die Förderung effizienter, wissenschaftsbasierter Zulassungsverfahren (sog. Nachsorge-Prinzip) für Gentech-Produkte genannt. Wie stehen Sie zu diesem Zulassungsverfahren? Bitte begründen Sie Ihre Sichtweise.

Antwort: Die Bestimmung im Bereich Biotechnologie zielt auf einen Dialog und Informationsaustausch. Dadurch soll im Rahmen der Zusammenarbeit das gegenseitige Verständnis verbessert werden. CETA enthält aber keine Verpflichtungen zur Änderung des europäischen Gentechnikrechts und schränkt auch nicht das Recht jeder Vertragspartei ein, neue Rechtsvorschriften nach Maßgabe der eigenen Schutzbedürfnisse und Prioritäten zu erarbeiten. In CETA werden wissenschaftsbasierte Zulassungsverfahren für biotechnologische Produkte als gemeinsames Ziel für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Biotechnologie festgehalten. Aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich keine rechtlichen Verpflichtungen zur Änderung des EU-Rechts. Der frühzeitige Austausch von Informationen zwischen den Vertragsparteien kann durchaus hilfreich sein, um dem Vorsorgeprinzip besser Rechnung tragen zu können.

Kommentar Ostalb gegen TTIP:

Das Vorsorgeprinzip wurde in CETA nicht aufgenommen. Der Ersatz ist das Dialogforum. Das Umweltinstitut München kritisiert das „Dialogforum“, denn in diesem Forum sind nur Ziele bereits festgelegt worden, die der Gentech-Industrie dienen*. Kanada habe in der Vergangenheit bereits innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) die EU-Regeln für Zulassungen von genmanipulierten Pflanzen angegriffen. Die europäischen Regeln werden von Kanada klar als Handelshemmnis aufgefasst. Im Gegensatz zum europäischen Vorsorgeprinzip schützt das sogenannte „wissenschaftsbasierte“ Verfahren nicht vor der Einführung extrem schädlicher Produkte.

***weitere Informationen dazu stellen wir auf Anfrage gerne zur Verfügung.**



2. Wie wollen Sie verhindern, dass landwirtschaftliche Billigprodukte (wie z.B. Hormonfleisch und Klon-Fleisch) aus Kanada undeklariert den deutschen Markt fluten und damit die Existenz der deutschen Landwirtschaft bedrohen?

Antwort: In CETA wird klargestellt, dass ein Dumping-Wettbewerb abgelehnt wird und Handelsziele nicht dazu dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. Das Vorsorgeprinzip im Verbraucherschutz, das sich in Europa bewährt hat, bleibt unangetastet. Die SPD lehnt das Klonen von Tieren zur Lebensmittelproduktion sowohl aus Gründen des Tierschutzes als auch aus ethischen Gründen ab. Daher befürworten wir ganz ausdrücklich ein dauerhaftes Verbot des Klonens von Tieren zur Nahrungsmittelproduktion sowie des Inverkehrbringens und des Importes solcher geklonter Tiere und deren Fleisch.

Kommentar Ostalb gegen TTIP:

Das Vorsorgeprinzip wurde in CETA nicht aufgenommen, somit findet es auch keine Berücksichtigung. Es sind zwar in CETA Artikel gegen Dumping-Wettbewerb im Umwelt- wie im Sozialbereich, ABER es fehlt ein Mechanismus zur Umsetzung bzw. Durchsetzung dieser Sozialklauseln. Hinzu kommt, dass die WTO Regeln mit dem Vorsorgeprinzip seit langem auf Kriegsfuß stehen. Die USA und Kanada nutzten die Regeln der WTO in der Vergangenheit, um gegen das Verbot von Hormonfleisch in der EU und das Moratorium bei der Gentechnik Anfang 2000 vorzugehen



3. In Kanada wird Öl oft auf umwelt- und klimaschädliche Weise aus Teersand gewonnen. Wie wollen Sie die Einfuhr dieses Öls nach Deutschland verhindern?

Antwort: Der grundlegende Ansatz muss sein, weg von der Nutzung von Öl und anderen klimaschädlichen Treibstoffen zu kommen. Die Zukunft muss weltweit auf dem Ausbau der regenerativen Energien liegen, das muss oberste Priorität haben. Ich bin der Meinung, dass wir die Einfuhr von kanadischem Öl kontrollieren sollten. Meiner Kenntnis nach plant die EU-Kommission schon eine stärkere, nach Produktionssorten gestaffelte Zulassung der Öleinfuhr.

Kommentar Ostalb gegen TTIP:

CETA bedroht bestehende Umweltstandards. Das Importverbot der EU für das klimaschädliche Rohöl aus kanadischem Teersand wurde im Laufe der CETA Verhandlungen aufgeweicht. Laut Interview mit SPD Europaabgeordneten Herrn Matthias Groote im Deutschlandfunk vom 18.12.2014 hat man mit der Kraftstoffqualitätsrichtlinie eben genau diese Einfuhr von Teersand-Öl nicht verhindert, sondern die EU Kommission hat mit einem Einheitswert den Agro-Sprit (Ethanol) auf eine Stufe mit dem kanadischen Teersand gestellt. Mit dem Abschluss von CETA ist eine Verschärfung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie schwierig, da es Klagemöglichkeiten für Investoren geben soll oder es wird im Falle einer Marktzugangsbeschränkung des klimafeindlichen Öls aus Teersand ein Streitschlichtungsverfahren angestrengt auf einer Staat zu Staat Ebene, um gegen diese Regulierung vorzugehen. Eine Verhinderung der Einfuhr dieses klimaschädlichen Rohöls ist somit nicht gegeben.



4. Halten Sie es für richtig, dass die Liberalisierung der Dienstleistungen durch CETA mit Ihren weitreichenden Auswirkungen auf alle Lebensbereiche lediglich durch eine Negativliste eingeschränkt wird? Oder sind Sie dafür, dass die Liberalisierung durch eine Positivliste gesteuert wird?

Antwort: Die Negativliste war für mich einer der Hauptgründe dagegen zu stimmen. In dem erwähnten Konventbeschluss wurde zwar formuliert, dass ein Positivkatalog besser ist und mehr Vertrauen schafft als der Ansatz der Negativliste. Aber das genügt mir so nicht. Mein weiteres Augenmerk wird im Beratungs- Ratifizierungsprozess genau darauf liegen, ob eine Positivliste noch möglich ist oder eben wie die Negativliste und die Schutzregeln in CETA im Detail ausgestaltet sind. Nötigenfalls sind Klarstellungen erforderlich. Wir wissen doch alle nicht, welche Branchen es in Zukunft geben wird. Der Schutz der Daseinsvorsorge muss lückenlos gesichert sein, das ist mit den jetzigen Formulierungen nicht gegeben.

Kommentar Ostalb gegen TTIP:

Es gibt jetzt nur noch Ja oder Nein zum fertigen Abkommen. Es wird seit Anfang 2016 nicht mehr verhandelt. Da das Europäische Parlament, ein paar andere Mitgliedsstaaten und Kanada schon ratifiziert haben, ist es de facto und de jure unmöglich, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Die einzige Möglichkeit, ein anderes Handelsabkommen mit Kanada zu bekommen als genau dieses CETA, das im Europäischen Parlament abgestimmt wurde, ist ein Nein durch ein Parlament eines Mitgliedsstaats, also z.B. den Deutschen Bundestag. Wir freuen uns auf jeden Fall über die Ablehnung.



5. CETA schreibt durch gegenseitige Anerkennung bzw. Harmonisierung wichtige Verbote oder Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer/innen fest und macht eine Verbesserung fast unmöglich. Wie stehen sie persönlich dazu?

Antwort: Als der Vertrag ausverhandelt war, hatte Kanada keine ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Erst nach der Wiederaufnahme der Gespräche wurden diese Stück für Stück von der neuen kanadischen Regierung anerkannt. Auch das ist ein Erfolg. Die deutschen und europäischen Regelungen zu Arbeitsschutz, Tarifvertragsrecht, etc. werden durch CETA nicht angetastet und gelten genauso weiter wie Regelungen zum Mindestlohn. Zwingende Vorschriften des Arbeitsrechts oder das Streikrecht werden durch dieses Abkommen nicht in Frage gestellt. Alle Anforderungen in Gesetzen und Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bezüglich Arbeits- und Sozialschutz bleiben weiterhin in Kraft und finden Anwendung. Ich werde mich immer für eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen einsetzen – denken wir nur an die Herausforderungen der Digitalisierung, das Recht auf Nichterreichbarkeit, etc.

Kommentar Ostalb gegen TTIP:

Herr Prof. Dr. Wolfgang Däubler und Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin weisen in ihrem siebenseitigen Statement Angriffe auf Arbeitsrechte in CETA nach. Das sind im Einzelnen:

- **Investorenschutz:** es drohen Klagen, wenn der Gesetzgeber z. B. bessere Mitbestimmung und Mindestlohn beschließen will. Eine Verbesserung ist zum Teil in die "Gemeinsamen Auslegungserklärungen" vom 13. Oktober 2016 aufgenommen worden. Aber diese Auslegungserklärungen enthalten "zweifelhafte, ja irreführende Äußerungen".
- **Durch das Vergaberecht sind staatliche Aufträge gebunden an die preiswertesten Angebote (Unternehmen mit ortsüblichen Tariflöhnen oder einer höheren Schwerbehindertenquote, werden keine Chance haben). Es spielen bei Auftragsvergabe die Förderung der Region, Gemeinwohl und Ethik keine Rolle mehr.**
- **Der "Gemischte Ausschuss" darf über Arbeitnehmerfragen entscheiden, dabei darf ein Vertragspartner (z.B. die EU) die Entscheidung nicht mehr in die eigene Kompetenz zurückholen.**
- **Es sind zwar in CETA Artikel gegen Dumping-Wettbewerb im Umwelt- wie im Sozialbereich, ABER es fehlt ein Mechanismus zur Umsetzung bzw. Durchsetzung dieser Sozialklauseln.**

Diese alles macht CETA zu einem Großangriff auf die Arbeitnehmerrechte.



6. Stellen Sie sich vor, Sie werden in den nächsten Bundestag gewählt. Wie würden Sie über CETA abstimmen? Bitte begründen Sie Ihre Entscheidung.

Antwort: -

Hier hat Leni Breymaier nicht direkt geantwortet, aber Sie hat sich in Ihrer Rückantwort an uns wie folgt positioniert:

Wir haben uns in der SPD intensiv mit CETA auseinandergesetzt. Dass das bereits aus verhandelte Abkommen wieder aufgeschnürt, weiter verhandelt wurde und in wichtigen Teilen verbessert werden konnte, anerkenne ich ausdrücklich. Das ist durchaus ein Erfolg des breiten Widerstands. Gleichwohl habe ich am Ende beim SPD-Konvent dagegen gestimmt, weil eben für mich wichtige Punkte drin bleiben oder eben nicht drin sind.

Kommentar Ostalb gegen TTIP:

Es ist begrüßenswert, dass Frau Leni Breymaier CETA ablehnt, aber unbefriedigend, dass große Teile der SPD dafür sind.